

SCHULE FÜRS LEBEN

1 BESSERE SCHULEN, MEHR QUALITÄT UND GERECHTERE BILDUNGSSCHAN- 2 CEN FÜR DIE KINDER DIESER STADT

3

4 Kinder und Jugendliche sind neugierig, entdecken und entwickeln ihre Persönlichkeit,
5 ihre Fähig- und Fertigkeiten, gehen Risiken ein und lernen über Erfolge und empfundene
6 Misserfolge in möglichst freien und kreativen Prozessen. Bildung ist ein wichtiger
7 Schlüssel zu einem demokratischen und selbstbestimmten Leben - und ein Menschen-
8 recht. Schulische Bildung und Erziehung beinhalten nicht nur Sprachen und die Mög-
9 lichkeit sich auszudrücken, nicht nur Lesen und Schreiben und die Grundrechenarten.
10 Bildung bedeutet viel mehr. In der Schule sollen sich Schüler*innen bestmöglich entfalten.
11 Bildungseinrichtungen sollen Kindern und Jugendlichen begleiten und ihnen die
12 Welt zeigen. Schule soll sie, eingebettet in das gesamte familiäre, kulturelle, soziale,
13 ökologische, ökonomische und politische Leben, befähigen, diese Welt mitzugestalten.
14 Das setzt voraus, die Gesellschaft zu verstehen, sich darin zurechtzufinden, um den ei-
15 genen Weg darin zu gehen und an ihr bewusst und handlungsorientiert zu partizipieren.
16 In einer guten Schule gehen Bildung, Erziehung und Selbstermächtigung Hand in Hand.
17 Deshalb muss Schule zwei Dinge leisten: Zum einen soll sie allen Schüler*innen durch
18 qualitativ hochwertigen Unterricht, moderne und sich entwickelnde Pädagogik und gute
19 Ganztagskonzepte die nötigen Kenntnisse mitgeben und Kompetenzen ausbauen. Zum
20 anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft allen Kindern, unabhängig von
21 der familiären Migrationsgeschichte oder des sozio-ökonomischen Hintergrundes, barrierefreie,
22 echte Bildungschancen bieten und sie so zu mündigen Bürger*innen mit einem
23 Höchstmaß an Urteilskraft heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie
24 und Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssen Schulen selbst inklusiv sein und die
25 Möglichkeiten und Ressourcen haben – aber auch institutionelle Diskriminierungen
26 abbauen. Mehrsprachigkeit sowie migrationsbedingte Kompetenzen als Ressourcen
27 müssen wertgeschätzt und konzeptionell in den Schulalltag und Unterricht eingebunden
28 werden. Die Schule muss – ohne auf die Kultur oder den sozialen Status reduzierende
29 oder festschreibende Zuschreibungen - jedes Kind individuell betrachten, vom
30 Kind aus denken, Kinder dort abholen, wo sie stehen. Sie muss sich an der Lebenswelt
31 der Lernenden orientieren, die Stärken des Kindes fördern und Chancengerechtigkeit für
32 alle schaffen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es stehen Dir alle Wege in
33 unserer Gesellschaft offen.

34 Um mehr Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, muss Schule sich so verändern, dass
35 Qualität für alle Schüler*innen gesichert wird. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass

36 Kinder nicht richtig lesen und schreiben, nicht richtig rechnen können, wir wollen nicht
37 hinnehmen, dass in Berlin immer noch rund 10 Prozent aller Schüler*innen die Schule
38 ohne Abschluss verlassen und es in einzelnen Schulen sogar mehr als 20 Prozent sind.
39 Einige verlassen die Schule - z.T. trotz Schulabschluss - als funktionale Analpha-
40 bet*innen (In Berlin leben schätzungsweise 320.000 Menschen im Alter von 18 bis 64
41 Jahren, die nicht oder nur wenig lesen und schreiben können). Auch das wollen wir nicht
42 hinnehmen.

43 Wir begrüßen die Vielfalt von Abschlüssen in Berlin und streben an, dass jede*r Schü-
44 ler*in nach Neigung, Begabung und Lernform seinen Weg findet. Um die Schüler*innen
45 dabei optimal zu unterstützen, müssen wir in unserer Gesellschaft an der Akzeptanz der
46 diversen Bildungswege arbeiten. Schüler*innen soll früh vermittelt werden, dass eine
47 Gleichwertigkeit zwischen akademischen, betrieblichen und allen anderen Ausbildung-
48 gen besteht. Diese Gleichwertigkeit muss sowohl vom Lehrpersonal als auch von allen
49 beteiligten Akteur*innen gelebt, thematisiert und vermittelt werden. Wir ermutigen so
50 Schüler*innen, einen ihren individuellen Weg in ein selbstbestimmtes und erfülltes Be-
51 rufsleben zu finden.

52 Chancengerechtigkeit und die Arbeit gegen Spaltungen in der Gesellschaft sind ein
53 Grundanliegen grüner Politik und ziehen sich durch alle Politikfelder. Wir wollen keine
54 Segregation in Reichen- und Armenvierteln, keine Ausgrenzung nach (zugeschriebener)
55 Herkunft oder Religion, keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in Familien in
56 schwieriger Lage geboren werden oder weil sie Kinder mit behindert. Das zu erreichen,
57 geht nur mit einem breiten, intersektionalen Ansatz, der viele Politikfelder einbezieht.
58 Gerade in Zeiten, in denen Spaltung und Diskriminierung das Mittel der Wahl von
59 Rechtspopulist*innen ist, arbeiten wir für ein weltoffenes, inklusives Miteinander. Uns
60 ist bewusst, dass die Bildungspolitik dabei nur ein Baustein sein kann – für uns aber ein
61 zentraler. In Artikel 1 des Berliner Schulgesetzes heißt es: „Ziel muss die Heranbildung
62 von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und
63 allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entge-
64 genzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der
65 Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Ge-
66 schlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten.“ Wir nehmen dieses Ziel
67 ernst und arbeiten daran, die Voraussetzungen zu schaffen, dass dies in unseren Schu-
68 len gelebt und vorgelegt werden kann.

69

70 Dass Kinder möglichst lange gemeinsam lernen und sich somit in einem Umfeld bewe-
71 gen, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt, ist dafür ein wichtiger Faktor.
72 Langes gemeinsames Lernen befördert Inklusion – und das bedeutet für uns nicht nur,
73 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten, son-
74 dern jedes Kind so zu akzeptieren, wie es ist. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer
75 inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem
76 erschwert dieses Ziel. Darum arbeiten wir daran, soziale Segregation zu überwinden.

77 Jedes Kind mit all seinen Möglichkeiten und Potenzialen individuell im Blick zu haben,
78 vom Kind aus zu denken und jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu
79 fördern, ist dabei essentiell; genauso wie Lehrkräfte, die ihren Unterricht binnendiffe-
80 renziert gestalten. Viele Berliner Schulen haben sich bereits diesen Zielen verschrieben
81 und wir unterstützen jede einzelne Schule, die in diesem Sinne arbeitet. Weil diese Ziele
82 in Gemeinschaftsschulen am besten umgesetzt werden können, ist dies die Schulform,
83 in der unsere Vorstellung von Bildungspolitik am besten verwirklicht wird. Darum set-
84 zen wir uns weiter für unser Ziel ein, die „eine Schule für alle“ – also langes gemeinsa-
85 mes Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen.

86 Wir setzen darauf, durch finanzielle Anreize, Ermöglichen und stärkere Förderung alle
87 Schulen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik da-
88 rauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.

89

90 Um für die Bildung unserer Kinder das Beste zu erreichen, dürfen wir Schule nicht iso-
91 liert betrachten. Wir wollen Schulen in ihrem Kiez gestalten und breite Beteiligung bei-
92 spielsweise bei Neubauten von Schulen ermöglichen. Wir wollen die Räumlichkeiten für
93 Vereine und Initiativen öffnen und die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen
94 machen. Wir wollen mehr und engere Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Kinder-
95 und Jugendarbeit, den Volkshochschulen und Musikschulen sowie mit Kitas und Famili-
96 enzentren und wir wollen Kooperationen mit Betrieben, Künstler*innen und Sportverei-
97 nen fördern.

98 Und: Gute Schule funktioniert nur in enger Zusammenarbeit mit den Familien. Diese
99 sind von Anbeginn an der wichtigste Schlüssel für ein gelingendes Aufwachsen von
100 Kindern und wesentlich an der erfolgreichen Bildung der Kinder beteiligt. Wir unter-
101 stützen daher die Entwicklung und Stärkung von Erziehungspartnerschaft zwischen
102 Schulen und Familien, in denen diese sich – auch zusammen mit den Kindern – regel-
103 mäßig und kompetenzorientiert über die jeweiligen Zielsetzungen und Wege einigen.

104 Wichtig ist uns, dass sich eine gute soziale Durchmischung in der mitwirkenden Eltern-
105 arbeit, ob in Gremien oder bei Schulfeiern, an allen Schulen widerspiegelt; denn nicht
106 alle Eltern können das immer leisten. Gerade dann sollen Schulen durch eine beglei-
107 tende Familienarbeit und Familien durch Bildungsbegleiter*innen empowert werden,
108 aktive Elternarbeit machen zu können, um nicht nur das Kind, sondern im Zweifel die
109 Familie dort abzuholen, wo sie ist. Dabei gilt es, Elternarbeit mit Erwachsenenbildung
110 zu verknüpfen, damit Eltern den Bildungsweg ihrer Kinder proaktiv mitgestalten können
111 und ihre demokratischen Einflussmöglichkeiten an Schulen ausschöpfen können. Eltern,
112 die nicht im deutschen Bildungssystem sozialisiert worden sind, sollen die Möglichkeit
113 erhalten, sich neben der deutschen Sprache entsprechend ihres Sprachniveaus schul-
114 und bildungsbezogenes Wissen anzueignen.

115

116 Um unserer Vorstellung von guter Bildung näher zu kommen, müssen wir in der Realität
117 ansetzen. Das Berliner Schulsystem kämpft mit einem dramatischen Mangel an Lehr-

118 kräften, viele Gebäude sind marode, von Chancengerechtigkeit und Inklusion kann für
119 viele Kinder und Jugendliche keine Rede sein. Wir haben unser Ideal guter Bildung vor
120 Augen, wissen aber, dass es vieler kleiner Schritte bedarf, um Dinge zu verbessern. Der
121 Weg zu konkreten Maßnahmen beginnt mit dem Betrachten der realen Situation in den
122 Schulen Berlins.

123

124 **Raus aus dem Ausnahmezustand: Für eine andere Berliner Schulpoli-** 125 **itik**

126

127 In Berlin leisten Tausende von Lehrer*innen, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, pä-
128 dagogische Unterrichtshelfer*innen, Betreuer*innen, Schulhelfer*innen, Schullei-
129 ter*innen und Mitarbeiter*innen der Schulaufsicht tagtäglich einen großartigen Job. Sie
130 arbeiten voller Leidenschaft, Empathie und Fürsorge für die Kinder und Jugendlichen in
131 dieser Stadt und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag sowohl zum gesellschaftli-
132 chen Zusammenhalt als auch für die Startchancen ins Leben der einzelnen Schü-
133 ler*innen. Doch wer in Berlin Pädagog*in ist, sieht sich jeden Tag einer Vielzahl vor gro-
134 ßen Herausforderungen.

135 Das zentrale Problem ist: Die Qualität des Berliner Schulsystems schafft es nicht, alle
136 Schüler*innen zum für sie bestmöglichen Abschluss zu bringen. Seit Beginn der interna-
137 tionalen und nationalen Vergleiche von Schülerleistungen, die wir im Hinblick auf die
138 Grenzen ihrer Aussagekraft durchaus kritisch sehen, weil häufig wichtige soziale Kom-
139 ponenten der schulischen Bildung vernachlässigt werden, ist deutlich geworden, dass
140 Berliner Kinder und Jugendliche in allen Schulformen schlechter abschneiden. Beson-
141 ders gravierend ist, dass arme Kinder und Jugendliche mit so genanntem Migrationshin-
142 tergrund seit Jahrzehnten schlechtere Ergebnisse und Abschlüsse haben und oft bei
143 gleicher Leistung schlechter bewertet werden. Dies bleibt ein Problem, das wir gezielt
144 angehen wollen. Die neuesten Ergebnisse der IQB-Studie sind besonders im Hinblick
145 auf die Schwächsten in Berlin alarmierend: Gerade die Leistungsschwächsten konnten
146 sich in den letzten fünf Jahren nicht verbessern. Deshalb muss sich die Qualitätssiche-
147 rung in Berlins Schulen verbessern. Dabei gilt es, den richtigen Ausgleich zwischen
148 zentraler Steuerung bzw. „Aufsicht“ sowie einheitlichen Vorgaben einerseits und de-
149 zentralen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräumen andererseits zu finden. Eine Ge-
150 samtstrategie in diesem Sinne zur Qualitätssicherung von Schule gibt es in Berlin bisher
151 nur in Ansätzen. In deren Mittelpunkt muss die Unterrichtsqualität in allen Schulen aller
152 Schulformen stehen. Die Schulform selber sichert sie nicht, die zentrale Rolle dafür
153 kommt vielmehr den Pädagog*innen zu.

154

155 Auch wenn es einen anderen Anschein hat, in Berlin ist in den vergangenen Jahren an
156 Bildungsausgaben im Personalbereich nicht gespart worden. Massiv reduziert wurden
157 die baulichen Mittel und Investitionen. Berlin gibt im Vergleich mit anderen Bundeslän-
158 dern zwar nicht wenig Geld für die Bildung aus. Offensichtlich gibt es aber erhebliche

159 Mängel in der Verteilung der Mittel sowie viel zu späte Einsichten zum Umsteuern. Des-
160 halb haben wir es mit einem dramatischen Lehrkräftemangel zu tun, insbesondere in
161 den so wichtigen Grundschulen.

162 Die jetzige Situation hat sich lange abgezeichnet. Über viele Jahre wurden zu wenige
163 Lehrkräfte an den Universitäten ausgebildet. Berlin wächst und seit Jahren ist klar, dass
164 mehr Kinder in die Schulen kommen werden, dass Lehrkräfte in den Ruhestand gehen.
165 Auch bei Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen herrscht Fachkräftemangel. Die Se-
166 natsverwaltung muss Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Fachkräfte auch in
167 Schulen ausgebildet werden können. Was wir nun brauchen sind kurzfristige Lösungen,
168 um die Lage in den Schulen zu verbessern. Wir dürfen darüber aber nicht die langfristi-
169 ge Perspektive aus den Augen verlieren. Der akute Ausnahmezustand darf nicht zum
170 Dauerzustand werden.

171

172 Gleichzeitig sind sehr viele Schulgebäude in beklagenswertem Zustand. Kinder müssen
173 in Containern unterrichtet werden, Toiletten sind unbenutzbar, durch die Fenster zieht
174 es in die Klassenzimmer, von den Decken bröseln der Putz, von Barrierefreiheit wenig zu
175 sehen. Guter Unterricht, eine kreative Entwicklung und gelingender Ganztagsunterricht sind unter
176 diesen Bedingungen kaum möglich. Und das ist nur die eine Hälfte der Herausforderung.
177 Denn Berlin wächst, immer mehr Kinder kommen in die Schule. Es ist höchste Zeit,
178 dass wir mehr Geld in die Hand nehmen und die Strukturen so aufstellen, dass beste-
179 hende Schulen saniert und neue Schulen zügig gebaut werden können.

180

181 Ein weiterer Aspekt bereitet uns große Sorge. Soziale Segregation und soziale Entmi-
182 schung nehmen immer weiter zu – und zwar sowohl im Hinblick auf Stadtquartiere als
183 auch im Hinblick auf Schulen. So übersteigt der Anteil von Kindern und Jugendlichen of
184 Color oder mit familiärer Migrationserfahrung bereits jetzt in vielen Innenstadtbezirken
185 50 Prozent. Von Chancengerechtigkeit kann häufig kaum die Rede sein.

186 Schon in Grundschulen sind die Bedingungen sehr unterschiedlich, weil die Lebensbe-
187 dingungen im Umfeld der Schulen sehr unterschiedlich sind. Es liegt aber auch daran,
188 dass der Fokus bislang nicht so gelegt wurde, dass die Schulen mit den schwierigsten
189 Bedingungen die besten Ressourcen zur Verfügung haben. Bei den weiterführenden
190 Schulen ist ein regelrechter Wettlauf unter Eltern und Schüler*innen um die Plätze an
191 den „guten“ Schulen Berlins entbrannt. Ob bei Gemeinschaftsschulen, Integrierten Se-
192 kundarschulen (ISS) oder Gymnasien – es gibt Schulen, die sich ihre Schüler*innen aus-
193 suchen können und dies auch über die Zeugnisnote tun. Daneben gibt es Schulen, die
194 Mühe haben, Schüler*innen anzuziehen. An diesen Schulen sammeln sich häufig Kinder,
195 die es schwieriger haben, zum Beispiel weil sie nicht die nötige Unterstützung bekom-
196 men.

197

198 Eine andere Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. In Berlins
199 Schulen gibt es nach wie vor Gewaltvorfälle, Mobbing und Diskriminierung aufgrund
200 von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem,
201 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund oder
202 Behinderung. Lehrkräfte bewerten Schüler*innen ungerecht, weil sie muslimischen
203 Schüler*innen oder Schüler*innen, deren Eltern keine Akademiker*innen sind, Kompe-
204 tenzen und Fähigkeiten absprechen oder sogar Defizite zuschreiben. Auch machen auch
205 Pädagog*innen of Colour bzw. mit (zugeschriebenem) Migrationshintergrund viel zu oft
206 Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.

207

208 Nur ein Bruchteil der Lehrkräfte, der Eltern sowie der Schüler*innen wagt es jedoch, sich
209 gegen diskriminierende Benachteiligungen und Demütigungen zu wehren. Dies hat aber
210 Konsequenzen: Diskriminierungserfahrungen wirken sich nicht nur negativ auf die kör-
211 perliche und seelische Gesundheit aus. Bei den Schüler*innen gefährden sie auch Lern-
212 erfolge, Bildungschancen und den Umgang im Schulalltag. Es gibt viele gute Projekte,
213 aber keinen systematischen Umgang mit Diskriminierung. Vielerorts fehlen klare Inter-
214 ventions- und Beschwerdestrukturen und eine Strategie für den Umgang mit Vielfalt.

215

216 Diese Spaltungen wollen wir überwinden – sowohl die Spaltung zwischen den Schulen
217 als auch die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen. Unser Ziel ist es, das
218 Recht auf diskriminierungsfreie Bildung sicherzustellen. Wir wollen, dass an jeder Berli-
219 ner Schule eine demokratische Schulkultur und ein wertschätzendes Schulklima mög-
220 lich wird.

221

222 Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft – und eigentlich auch nicht auf
223 die Gegenwart – vorbereitet. Denn diese Zukunft ist auch digital, Berlins Schulen sind
224 es nicht. In den meisten Schulen gibt es noch nicht einmal einen Internet-Zugang und
225 WLAN mit ausreichender Kapazität, wie sie für flächendeckende Nutzung digitaler Me-
226 dien benötigt werden. An eine gute Ausstattung mit Computern ist ebenfalls nicht zu
227 denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht und zuhause von den Schü-
228 ler*innen und Lehrkräften genutzt werden könnten. Auch das für die Wartung von Hard-
229 und Software nötige Personal fehlt. Lehrer*innen müssen digitale Arbeitsmittel und -
230 methoden beherrschen, es ist ihnen aber nicht zuzumuten, auch noch zu Techni-
231 ker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass fach- und allgemeinpädagogi-
232 sche Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung bringt große Chan-
233 cen für die Schule ebenso wie für die Gesellschaft, aber auch Risiken mit sich. Wir wol-
234 len die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den Augen zu verlieren. So muss Schule
235 auf kritischen Umgang mit Medien und Medieninhalten vorbereiten und sich mit Daten-
236 schutz und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft beschäftigen.

237

238 **Was nun zu tun ist – unser Plan für bessere Bildung in Berlin**

239

240 Es ist viel zu tun, um die Situation an Berlins Schulen zu verbessern. Wir sind uns be-
241 wusst, dass wir dabei mehrgleisig fahren müssen. Wir brauchen Akutmaßnahmen für die
242 dringlichsten Probleme und wir brauchen Maßnahmen, die mittelfristig wirken.

243

244 **Gutes Personal für unsere Schulen**

245

246 Berlins Schulen brauchen mehr und gleichzeitig gut ausgebildetes Personal. Kurzfristig,
247 aber auch langfristig. Kurzfristig schlagen wir ein ganzes Maßnahmenpaket vor. Teil-
248 weise haben wir mit der Umsetzung bereits begonnen und machen Druck auf die Se-
249 natsverwaltung für Bildung über unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Das,
250 was bislang angeschoben wurde, reicht aber nicht aus.

251

252 Um in allen Fächern schnell mehr gutes Personal anzuwerben, wollen wir alle Fächer zu
253 sogenannten „Mangelfächern“ erklären lassen. Damit öffnen wir alle Fächer für Men-
254 schen, die zwar ein bestimmtes Fach studiert haben, aber nicht auf Lehramt. Solche
255 Quereinsteiger*innen sind derzeit zentral dafür, den Schulbetrieb überhaupt aufrecht zu
256 erhalten. Bewerber*innen mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ oder
257 „Deutsch als Fremdsprache“ haben wir ebenfalls den Weg in den Berliner Schuldienst
258 geebnet. Darüber hinaus wollen wir stärker den Quereinstieg für „verwandte Berufs-
259 gruppen“ wie Kindheitspädagog*innen öffnen. Auch wollen wir schneller ausländische
260 Abschlüsse anerkennen. Für nötige Prüfungen dafür wollen wir die Kosten übernehmen.
261 Entsprechende Sprachkenntnisse müssen vor Beginn des Dienstes in der Schule nach-
262 gewiesen werden, dies kann aber auch nach der Anerkennung der Qualifikationen erfol-
263 gen. Die Möglichkeit, auch mit nur einem Fachgebiet in den Schuldienst einzusteigen,
264 wollen wir stärker bewerben. Damit muss ein verbindliches Angebot zur Nachqualifizie-
265 rung in einem zweiten Fach verbunden sein. Wenn Stellen nicht besetzt werden können,
266 wollen wir das Geld direkt den Schulen zur Verfügung stellen, damit vor Ort parallel
267 nach weiteren Lösungen für Engpässe gesucht werden kann – denn wenn Schulen di-
268 rekt über das Geld verfügen können, haben sie mehr Möglichkeiten, auch kreative Lö-
269 sungen zu finden: jemand, der beim Kopieren unterstützt, braucht keine pädagogische
270 Ausbildung, entlastet das Lehrpersonal aber dennoch.

271

272 Wir brauchen Quereinsteiger*innen, um den Unterricht an den Berliner Schulen aufrecht
273 zu erhalten. Quereinsteiger*innen bringen viele Erfahrungen aus dem außerschulischen
274 Leben mit, wovon Schüler*innen profitieren. Gleichzeitig müssen wir vermeiden, dass
275 sich Quereinsteiger*innen an Schulen ballen. Zu häufig unterrichten viele Fachleute
276 ohne pädagogische Ausbildung an den Schulen, an denen die höchste pädagogische
277 Kompetenz gefragt wäre. Es muss deshalb unser Ziel sein, dass insbesondere diese
278 Schulen für Menschen, die ein Lehramtsstudium absolviert haben, attraktiv sind, damit

279 sich hier der Bedarf an Quereinsteiger*innen im Rahmen hält. Bei Neueinstellungen
280 wollen wir erreichen, dass Quereinsteiger*innen zunächst an den Schulen eingestellt
281 werden, an denen es bislang wenige Quereinsteiger*innen gibt.

282 Alle befristeten Willkommenslehrkräfte wollen wir sofort entfristen. Sie sind ein unab-
283 dingbarer Bestandteil in multiprofessionellen Klassenteams zur Sprachbildung und In-
284 tegration geflüchteter und traumatisierter Kinder. Lehrer*innen ohne volle Lehrbefähig-
285 ung (LoVL) wollen wir die Möglichkeit geben, sich mittels Fort- und Weiterbildung so
286 fortzubilden, dass sie die volle Lehrbefähigung und das gleiche Gehalt erhalten wie
287 klassisch ausgebildete Lehrkräfte.

288

289 Für unsere schwierigsten Schulen erproben wir ein völlig neues Instrument der Lehr-
290 kräftegewinnung: Die Teambewerbung: Der Senat soll gemeinsam mit ausgewählten
291 Schulen mit besonderem Fachkräftemangel eine bundesweit schulspezifische Kampag-
292 ne ausloben, um jeweils eine qualifizierte und motivierte Gruppe von Lehrkräften zu
293 gewinnen. Denn wir brauchen Pädagog*innen, die Lust und Ehrgeiz haben, gerade an
294 solchen Schulen etwas zu bewegen. Als Anreiz wird vereinbart, dass alle zusätzlichen
295 gewonnenen Lehrkräfte zur Entlastung des ganzen Kollegiums (kleinere Klassen, gerin-
296 gere Stundendeputate) zusätzlich eingesetzt werden.

297

298 Entlastung wollen wir auch schaffen, indem wir den Aufbau von „multiprofessionellen
299 Teams“ schneller vorantreiben. Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen sind ein großer
300 Gewinn für Schulen. Wir setzen uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen ein. Sie
301 sind auch fester Bestandteil des multiprofessionellen Teams jeder Schule. Den Bedarf
302 an Schulsozialarbeit alleine an den Faktoren Lernmittelfreiheit und „nichtdeutscher
303 Herkunftssprache“, die eine an sich problematische Kategorisierung darstellt, festzuma-
304 chen, verkehrt daher den Anspruch der Schulsozialarbeit. Denn Schulsozialarbei-
305 ter*innen sind für alle Schüler*innen und Familien, unabhängig von sozialer Herkunft
306 und der Familiensprache, da. Sie beraten, begleiten und unterstützen das Kollegium, die
307 Familien und Schüler*innen. Aber die Vielzahl von intransparenten Finanzierungsmodel-
308 len (Bonusprogramm, School turnaround usw.) sorgen für prekäre und unsichere Ar-
309beitsplätze. Daher setzen wir uns dafür ein, dass jede Schule mit Schulsozialarbei-
310ter*innenstelle (keine Zwangsteilzeitstellen) entsprechend des Bedarfs ihrer Schü-
311ler*innen ausgestattet werden. Weiter werden wir uns dafür einzusetzen, dass dabei alle
312 Arbeitsverträge entfristet werden und damit die Prekarität von Schulsozialarbei-
313ter*innen endlich ein Ende findet. Gleiches gilt z.B. für Techniker*innen und Verwal-
314tungsstellen, die Lehrkräfte von organisatorischen Arbeiten entlasten. Auch hier wollen
315 wir langfristig eine bessere Ausstattung von Schulen ermöglichen. Dazu werden wir uns
316 dafür einsetzen, dass unabhängig von der Schulform alle Schulen mit mindestens einer
317 Vollzeitstelle im Schulsekretariat als Grundausrüstung ausgestattet werden.

318 Aber auch alle Professionen mit einem „kindnahen“ Tätigkeitsbereich können hilfreich
319 sein, ebenso Künstler*innen, wenn sie einen Zugang zu Kindern und Jugendlichen ha-

320 ben. Entlastung ist auch möglich, wenn die Auswertung der Lernausgangslagen und
321 Vergleichsarbeiten nicht von den Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müssten. Die
322 Korrekturen müssen dennoch von ausgebildeten Personen durchgeführt werden, so
323 könnten z.B. im Fach Deutsch die Klausuren von Germanist*innen korrigiert werden. Für
324 diese Gruppe wären dann auch Perspektiven in der Konzeption von Lehrmaterialien o-
325 der der fachlichen Evaluation von Unterricht möglich. Wichtig ist, dass wir hier keine
326 prekären Jobs schaffen, sondern Arbeitsplätze, die Menschen Perspektiven geben und
327 gleichzeitig zur Entlastung des pädagogischen Personals beitragen. Ebenso sollte ge-
328 prüft werden, ob die Entwicklung von Beispiel-Curricula auf der Grundlage der neuen
329 Lehrpläne in den Schulen Anklang fände. Dies würde die Kolleg*innen in der Entwick-
330 lung schulinterner Curricula entlasten.

331

332 Die derzeitige Problemlage darf nicht zum Dauerzustand werden. Darum ist für uns klar:
333 Nicht-pädagogisches Personal, das wir nun einstellen, muss dauerhaft an den Schulen
334 bleiben können. Zusätzlich muss die Ausstattung mit Lehrkräften schnell wieder ange-
335 hoben werden. Für alle Studierenden, die derzeit an Berliner Hochschulen auf Lehramt
336 studieren oder in den kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen
337 wir bei erfolgreichem Abschluss eine Referendariats- und Einstellungsgarantie im Berli-
338 ner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung
339 mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. Dieses Potential soll in ver-
340 schiedenen Bereichen genutzt werden. Natürlich muss zuerst darauf geachtet werden,
341 dass Ausfälle vermieden werden. Die zusätzlichen Stunden könnten in vielen Klassen
342 genutzt werden, um Doppelbesetzungen zu ermöglichen, um sich intensiver um die
343 Kinder und Jugendliche kümmern zu können. Außerdem können wir diese Situation zur
344 Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, beispielsweise durch Teamzeiten und
345 einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung. Arbeit im Team wollen wir generell
346 stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt des Einzelkämpfer-
347 Daseins von Lehrer*innen einsetzen – dabei entstehen Synergien und so sparen Lehr-
348 kräfte beispielsweise durch gemeinsame Unterrichtsplanung Zeit, die sie an anderer
349 Stelle für die Schüler*innen einsetzen können. Unser Ziel ist es, die Unterrichtsver-
350 pflichtung dauerhaft abzusenken. Personalaufbau und Qualitätsverbesserungen gehen
351 Hand in Hand. Wir halten auch am Ziel von Doppelsteckung zur gelingenden Binnendif-
352 ferenzierung fest.

353

354 Um die Ausbildung auf eine gute fachliche Grundlage zu stellen, wollen wir mit den
355 Hochschulen Berlins in Verhandlungen treten, um den Quereinstiegsmaster noch attrak-
356 tiver zu machen, zum Beispiel durch die Möglichkeiten, ihn auch in Teilzeit zu absolvie-
357 ren. Generell ist uns wichtig, dass das Studium verstärkt auch moderne Unterrichtsme-
358 thoden aufgreift, die über den klassischen Frontalunterricht hinausgehen. Das gilt zum
359 Beispiel für fächerübergreifendes Lernen oder für das Einbeziehen außerschulischer
360 Lernorte.

361

362 Sowohl beim Quereinstieg als auch im regulären Lehramtsstudium an allen Hochschu-
363 len sowie bei der Fort- und Weiterbildung wollen wir Antidiskriminierung stärker auf
364 den Lehrplan bringen – damit Lehrer*innen Diskriminierung in Schulen vorbeugen, er-
365 kennen und dagegen vorgehen können. Es gilt aber auch, mehr Lehrer*innen einzustel-
366 len, die selbst potenziell von Rassismus oder anderer Diskriminierung betroffen sind.
367 People of Color sind beispielsweise noch viel zu selten in unseren Lehrerzimmern ver-
368 treten – sie verstärkt durch gezielte Kampagnen zu werben und mit Förderungspro-
369 grammen zu unterstützen, ist nicht nur ein weiterer Weg, unerschlossenes Potenzial zu
370 nutzen, um dem Lehrkräftemangel entgegen zu wirken, sondern würde vor allem auch
371 dazu beitragen, die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in den Lehrerkollegien widerzu-
372 spiegeln und stellt von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Schüler*innen star-
373 ke Partner*innen und Vorbilder an die Seite. Wir werden zudem einen besseren Diskri-
374 minierungsschutz im Berliner Schulgesetz verankern und wir wollen eine nied-
375 rigschwellige, unabhängige Beschwerdestelle einrichten. Zentral ist, dass die Schullei-
376 tungen dazu verpflichtet werden, gemeinsam mit allen Beteiligten Strategien für den
377 Umgang mit Vielfalt und gegen Diskriminierung zu entwickeln. Für diese Aufgabe wol-
378 len wir die Schulleitungen gezielt unterstützen und auch entlasten.

379

380 Gutes Personal gewinnen wir vor allem durch attraktive Arbeitsbedingungen. Die Be-
381 zahlung von Lehrkräften ist im Land Berlin vergleichsweise gut, dies wollen wir aber
382 auch für andere Berufsgruppen in Schulen wie beispielsweise für Erzieher*innen errei-
383 chen. Dass angestellte Lehrkräfte gegenüber Beamten insbesondere im Hinblick auf
384 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die finanzielle Versorgung im Ruhestand noch
385 deutlich schlechter gestellt sind, lässt sich jedoch nicht leugnen. Wir wollen deshalb
386 prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile zuerst für alle angestellten Fachkräfte in
387 den Schulen und dann für alle anderen angestellten Beschäftigten im öffentlichen
388 Dienst des Landes Berlin ausgeglichen werden können.

389 Ob das Land Berlin als Arbeitgeber für Lehrer*innen attraktiv ist, ist jedoch nicht nur
390 eine Frage der Bezahlung. Deshalb wollen wir in den Schulen einladende Arbeitsumge-
391 bungen schaffen – das beginnt mit dem Gebäude, geht über angemessene Arbeitsplätze
392 in Lehrerzimmern und endet bei einem guten Mittagessen mit ausreichend Platz und
393 Pausenzeit. Um mehr junge Lehrer*innen nach Berlin zu holen, wollen wir eine Berufs-
394 einstiegsphase ermöglichen, in der Lehrer*innen in den ersten Jahren weniger Unter-
395 richtsverpflichtung bei voller Bezahlung haben – denn gerade in den ersten Berufsjah-
396 ren ist der zeitliche Aufwand für Unterrichtsvorbereitung und das Korrigieren von Klau-
397 suren und Klassenarbeiten ungleich höher. Außerdem sollen jungen Lehrer*innen ge-
398 zielte Fortbildungsangebote für Berufseinsteiger*innen sowie Supervisionsangebote zur
399 Verfügung stehen.

400

401 **Schulen sanieren, neue Schulen bauen**

402

403 Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, zugleich steht Berlin vor einem
404 riesigen Wachstum an Schüler*innen und muss innerhalb kürzester Zeit zehntausende
405 neue Schulplätze schaffen. Die bestehenden Schulen zu sanieren, auszubauen und dar-
406 über hinaus noch ca. 60 neue Schulstandorte zu etablieren, ist ein Mammutprojekt. Da-
407 für stellen wir in den nächsten zehn Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfü-
408 gung. Sollte dieses Geld nicht ausreichen, werden wir mehr Geld bereitstellen. Neben
409 der großflächigen Sanierung von Schulen müssen die Schulen die Möglichkeit haben,
410 kleinere Baumaßnahmen wie Akustikmaßnahmen in Mensen usw. in Eigenverantwor-
411 tung zu vergeben. Dazu ist es notwendig die finanziellen Mittel für den baulichen Un-
412 terhalt von Schulgebäuden, die die Schulen schon jetzt erhalten, zu erhöhen und die
413 Vergaberichtlinien zu vereinfachen und die personellen Voraussetzungen in der Verwal-
414 tung zu schaffen.

415

416 Schule soll ein gesunder, guter Arbeitsplatz sein. Schule im 21. Jahrhundert ist nicht nur
417 ein Ort des Lernens, sondern auch des Lebens. Wir wollen flächendeckend kostenlose
418 Ganztagschulen und Inklusion ermöglichen – dazu müssen aber auch die Schulgebäu-
419 de ein geeigneter Ort sein. Ein Ort zum Lernen und Arbeiten, aber auch zum Essen und
420 Ausruhen; ein Ort zur Bewegung und kreativen Entfaltung, aber auch mit reizarmen
421 Rückzugsräumen. Die Gebäude müssen auf die Bedürfnisse der Kinder und auf unter-
422 schiedliche pädagogische Konzepte zugeschnitten werden und für die Anforderungen
423 kommender Generationen offen sein. Von Kinder mitgestaltete Lern- und Lebensorte
424 zeichnen sich durch eine entsprechend positive Innenausstattung aus. Diese räumliche
425 Lernumgebung wird nicht umsonst als „Dritter Pädagoge“ bezeichnet.

426

427 Bei Neubauten bedeutet das, dass wir von Beginn an so planen wollen, dass Platz ist für
428 ganztägigen und inklusiven Schulbetrieb. Die Mensen müssen darauf ausgerichtet sein,
429 täglich für alle Kinder und das Personal ein vor Ort frisch gekochtes, warmes Mittages-
430 sen zur Verfügung stellen zu können. Wir wollen, dass mehr Lebensmittel regional uns
431 saisonal eingekauft werden und es täglich auch vegetarische und vegane Essensange-
432 bote gibt, sowie für Schüler*innen mit Allergien und Unverträglichkeiten individuelle
433 Lösungen gefunden werden. Nicht nur die Schüler*innen, auch das pädagogische Perso-
434 nal braucht bei einem Ganztagesbetrieb mehr Rückzugsraum. Aber auch sichere Schul-
435 wege müssen bei neu entstehenden Schulen von Beginn an mitgedacht werden. Es
436 kann nicht sein, dass durch Abstimmungsprobleme zwischen Bezirken und Verkehrslen-
437 kung Berlin Kinder unnötigen Gefahren ausgeliefert werden.

438 Auch wenn der Bedarf an Neubau von Schulen groß ist, wollen wir keine Schulen im
439 Standard-Format von der Stange bauen. Schon die Raumknappheit in der Innenstadt
440 erfordert individuelle Lösungen für jeden Schulstandort und dafür entsprechende Aus-
441 schreibungen und Ideenwettbewerbe. Neue Schulstandorte sollen dabei nicht vorhan-
442 dene soziale Infrastruktur in den Bezirken verdrängen. Ist dies aufgrund der Flächen-
443 knappheit und gesetzlicher Regelungen zur fußläufigen Erreichbarkeit von Schulen un-
444 vermeidbar, fordern wir adäquate Ersatzflächen für die von der Verdrängung betroffene

445 soziale Infrastruktur im Sozialraum. Dafür suchen wir die besten, kreativsten Lösungen
446 mit den höchsten ökologischen Standards. Das Gebäude selbst wollen wir so ökologisch
447 wie möglich gestalten – aus gesunden, nachhaltigen Baustoffen, mit Gründach und de-
448 zentraler Regenwasserbewirtschaftung, mit Photovoltaik, intelligenter Leittechnik, mit
449 Fassadenbegrünung und Schulgarten. Bei allen Neubauten soll darauf geachtet werden,
450 dass diskriminierende Praktiken nicht von der Architektur der Schulgebäude reprodu-
451 ziert werden. Dies ist insbesondere bei Toiletten und Umkleieräumen zu beachten. Wir
452 erwarten, dass die Senatsverwaltung hierzu ein Konzept vorlegt. Wir wollen nach Ham-
453 burger Vorbild Schulen bauen, die dem gesamten Kiez offen stehen. Nicht nur die
454 Sporthalle und der Schulhof sollen nachmittags und abends für Vereine und Menschen
455 aus der Nachbarschaft offen stehen – wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass bei-
456 spielsweise Stadtteilbibliotheken oder Volkshochschulen die Schulgebäude mitbenut-
457 zen, dass Mensen nachmittags als Kiez-Café dienen oder der Schulgarten für Urban Gar-
458 dening-Projekte genutzt wird. Dazu werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen
459 schaffen und bei der Raumvergabe- und Nutzung die schulische Eigenverantwortung
460 ausbauen und bürokratische Hürden abbauen. Wir wollen, dass die Menschen, die in der
461 Nachbarschaft einer Schule leben, an ihrer Entwicklung teilhaben und Schulbauten im-
462 mer mit Beteiligungsverfahren durchgeführt werden. Neubauten und Erweiterungen
463 müssen barrierefrei gestaltet werden. Es ist notwendig, die Mehrfachnutzung der Schul-
464 räume von Anfang an im Zuge der Schulsanierung und des Schulneubaus konzeptionell
465 mitberücksichtigen.

466

467 Wir wollen diese Ziele beim Neubau von Schulen berücksichtigen, aber auch bei der
468 Sanierung der Bestandsschulen soweit möglich realisieren. Diese Mammutaufgabe von
469 Schulneubau und Schulsanierung können die Bezirke allein nicht bewältigen. Deshalb
470 haben sich Senat und Bezirke auf eine Aufgabenteilung geeinigt. Das Land übernimmt
471 alle Neubauprojekte und die großen Sanierungsfälle. Die Bezirke sind weiterhin für die
472 mittleren und kleineren Sanierungen sowie den baulichen Unterhalt der Schulen ver-
473 antwortlich.

474 Wir finden es skandalös, dass gerade Schulen als öffentliche Gebäude viel zu häufig
475 nicht barrierefrei sind und Schüler*innen mit Behinderung so grundsätzlich ausge-
476 schlossen werden. Im Zuge der großen Sanierungspläne muss Berlin hier tätig werden
477 und die Bezirke beim Abbau von Barrieren aktiv und finanziell unterstützen.

478 Bei der Umsetzung werden wir mit der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE kooperie-
479 ren. Die Gesellschaft ist erfahren bei der Abwicklung von Bauprojekten, flexibel in der
480 Mittelbewirtschaftung und kann schnell Personal anwerben.

481

482 Unser Ziel ist es, Schulbau und Schulsanierung aus Haushaltsmitteln zu finanzieren. Wir
483 wollen die HOWOGE als Baudienstleister nutzen. Kreditfinanzierung wollen wir, anders
484 als in bisherigen Modellen vorgesehen, vermeiden. Die Vorteile liegen auf der Hand: Für
485 die öffentliche Hand würden weder Zinsen noch Übertragungskosten fällig werden. Und

486 sowohl die HOWOGE als auch die Bezirke wären in ihrer Finanzplanung um einiges fle-
487 xibler, als wenn sie sich über viele Jahre durch Erbbaurechte und ein Mieter-Vermieter-
488 Modell gegenseitig verpflichten würden. Da es sich bei Schulbau und -sanierung um ein
489 langjähriges Projekt handelt, sind Haushaltslage und notwendige Prioritäten aber nicht
490 abschließend vorherzusagen. Sollte der Fall eintreten, dass die Haushaltsmittel nicht
491 vollständig ausreichen, ziehen wir Kreditfinanzierungsmodelle wieder in Betracht. Denn
492 letztlich steht im Zentrum: Es muss saniert und es muss gebaut werden. Wartezeiten
493 können wir uns nicht mehr leisten.

494

495 **Qualität und Chancengerechtigkeit brauchen guten Ganzttag**

496

497 Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Grüne Schulpolitik
498 setzt auch auf Ganztagschulen mit einem gut rhythmisierten Schultag und mehr
499 Wahlmöglichkeiten der Schüler*innen. Lernen in einer Ganztagschule setzt neue Maß-
500 stäbe und eröffnet den Schüler*innen viele Möglichkeiten für vielfältige Lern- und Le-
501 bensenerfahrungen, die über täglich guten Unterricht hinausgehen. Dabei werden insbe-
502 sondere die emotionalen, sozialen und kognitiven Kompetenzen der Kinder gefördert
503 und gestärkt. Qualitätsentwicklung im Ganzttag und die Entwicklung von Schulqualität
504 gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche Qualitätsstandards für die Berliner
505 Schulen entwickelt werden. Um Schulen bei der Ganztagsentwicklung besser zu unter-
506 stützen, bildet der Ausbau der Serviceagentur „ganztätig lernen“ eine wichtige Stütze.
507 Die räumliche Situation ist an den Berliner Schulen dafür erheblich zu verbessern. Es
508 muss uns in einem mehrjährigen Prozess gelingen, dass neben den Klassenräumen wei-
509 tere Flächen für den Ganzttag zur Verfügung stehen. 3 m² je Schüler*in pädagogischer
510 Fläche ist für uns dabei eine Richtschnur. Insbesondere die Öffnung des Nachmittags-
511 moduls für alle Schüler*innen an der Grundschule bietet eine Chance, die Standards im
512 Berliner Ganzttag im Rahmen von kooperativer Schulentwicklung qualitativ weiterzu-
513 entwickeln. Hier ist die Schulaufsicht vor Ort ebenso gefordert wie die Schulleitungen,
514 das Schulpersonal, die freien Träger der Jugendhilfe sowie die Eltern und insbesondere
515 die Schüler*innen. Es braucht mehr gutes Personal sowie bessere Arbeitsbedingungen
516 und Bezahlung für pädagogische Fachkräfte. Wir unterstützen auch hier das Berliner
517 Bündnis für Qualität im Ganzttag in seiner Forderung, den Personalschlüssel schrittweise
518 von derzeit 1:22 auf 1:15 (ein*e Erzieher*in für 15 Schüler*innen) zu verbessern. Die
519 Kostenbeteiligung bei der ergänzenden Förderung und Betreuung sollte sozialgerechter
520 gestaltet werden. Anstelle der völligen Beitragsfreiheit wollen wir eine vollständige
521 Entlastung der Familien mit Transferbezug und eine gerechtere Staffelung der Beiträge
522 für die unteren Einkommensgruppen durchsetzen. Familien mit einem hohen Einkom-
523 men oder Vermögen sollten auch weiterhin einen Tageskostenbeitrag für den Ganzttag
524 entrichten, welchen wir zur weiteren Qualitätsverbesserung verwenden wollen. Unser
525 Ziel sind vielfältige Gemeinschaftsschulen, unsere Maßnahmen knüpfen aber direkt am
526 aktuellen Schulsystem an, sodass wir zügig zu Verbesserungen kommen können.

527

528 **Grundschulen – ein guter Start legt den Grundstein einer erfolgrei-**
529 **chen Schullaufbahn**

530

531 Für unsere „Qualitäts Offensive Grundschule“ sind beim Blick drei Dinge zentral: Kurze
532 Beine, kurze Wege – die Schulen müssen fußläufig und sicher für Kinder zu erreichen
533 sein. Gute Qualität in allen Schulen – darum wollen wir besonders in die Grundschulen
534 investieren, die heute von Eltern verstärkt gemieden werden und parallel jeweils indivi-
535 duelle Strategien zur qualitativen Weiterentwicklung mit den Schulen erarbeiten. Zum
536 Beispiel wollen wir Funktionsstellen zur Weiterentwicklung von Schulen und zusätzli-
537 che Stellen zur Verwaltung der Schule finanzieren. Vor allem da, wo Grundschulen be-
538 sonders viele Kinder, die Unterstützung brauchen, unterrichten, müssen sich die Lehr-
539 kräfte voll und ganz auf den Unterricht konzentrieren können. Drittens wollen wir, dass
540 Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in der Grundschule zusammen kommen.
541 Gelingende Übergänge von der Kita zur Grundschule sind hier besonders wichtig. Da-
542 rum wollen wir bei der Festlegung der Einschulungsbereiche künftig neben den Daten
543 der Bevölkerungsentwicklung auch Sozialstrukturdaten verwenden und Einschulungsbe-
544 reiche so verändern, dass die soziokulturelle Mischung an den Schulen möglichst aus-
545 geglichen ist. Dazu möchten wir erreichen, dass mehr Kinder die Schule besuchen, in
546 deren Einschulungsbereiche sie wohnen. Dabei achten wir darauf, dass Geschwisterkin-
547 der durch Änderungen bei den Einschulungsgebieten nicht auf getrennte Schulen gehen
548 müssen und dass alle Grundschulen und Grundstufen integrierter Schulen fußläufig er-
549 reichbar sind.

550 Weil wir für alle von Anfang gerechte Startchancen wollen, gilt es für Kinder, die zuhau-
551 se kein Deutsch sprechen und die keine Kita besuchen, dass sie rechtzeitig vor
552 Schulstart die Chance haben müssen, Deutsch zu lernen. Was im Schulgesetz mit der
553 sogenannten "Sprachstands feststellung" und anschließend bei Bedarf mit verpflichten-
554 der Sprachförderung in der Kita vorgesehen ist, funktioniert in der Praxis in vielen Fäl-
555 len nicht. Viele Eltern erscheinen nicht zum Test oder melden ihr Kind trotz Aufforde-
556 rung nicht zur Sprachförderung an. Für die Kinder bedeutet das, von Anfang an in ihren
557 Bildungschancen benachteiligt zu werden. Wir wollen deshalb, dass entsprechende
558 zielgenaue Angebote ausgeweitet werden und drängen darauf, dass das Schulgesetz in
559 Zusammenarbeit mit Jugendämtern und Schulämtern tatsächlich durchgesetzt wird.
560 Dafür braucht es auch Dolmetscher*innen, um Sprachbarrieren zu überwinden.

561

562 **Der Übergang in eine weiterführende Schule**

563

564 Der nächste Schritt in der Schullaufbahn eines Kindes ist der Wechsel auf eine weiter-
565 führende Schule – in Berlin entweder ein Gymnasium, eine „Integrierte Sekundarschule“
566 (ISS) oder eine Gemeinschaftsschule. Leider wird dieser Übergang in Berlin zunehmend
567 zu einer Belastung für die Schüler*innen und ihre Familien, weil der Übergang auf die
568 gewünschte Schule so stark vom Notenschnitt aus der Grundschule abhängig gemacht

569 wird, dass selbst mit einem sehr guten Notendurchschnitt der Übergang auf die
570 Wunschschule nicht mehr sicher ist. An anderen Schulen kommen viele Kinder mit
571 schlechteren Noten zusammen, die häufig aus bildungsferneren Familien kommen. Wei-
572 terhin zeigen Bildungsstudien, dass Schüler*innen mit Diskriminierungserfahrungen den
573 Schulwechsel als besonders belastend erleben, da sie sich erneuten Stereotypisierungen
574 ausgesetzt fühlen. Diese Entwicklung sorgt bei vielen Eltern für Angst und Frust, Kinder
575 werden schon im Grundschulalter unter Druck gesetzt.

576 Diese Situation wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir wollen allen Kindern gemein-
577 sam mit ihren Eltern gleichermaßen ermöglichen, sich die Wunschschule auszuwählen.
578 Dies ist momentan viel zu häufig nur den Kindern möglich, die einen guten bis sehr gu-
579 ten Notenschnitt haben – und zwar unabhängig von der Schulform, denn nicht nur
580 Gymnasien wählen anhand des Notenschnitts aus, sondern auch die übernachgefragten
581 ISS nutzen diesen Mechanismus häufig. Deshalb wollen wir bei Übernachfrage an wei-
582 terführenden Schulen die Schulen motivieren, neben Geschwisterkindern, Härtefällen
583 und Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie Kindern, die in einer Ge-
584 meinschaftsschule oder Grundstufe einer ISS aus der eigenen Unterstufe kommen, die
585 Aufnahme der Kinder stärker anhand ihres Profils und einer guten sozialen Mischung
586 festzumachen.

587 Weitere 50 Prozent der Plätze sollen dann im Losverfahren vergeben werden – wenn
588 Schulen einen höheren Anteil lösen wollen, auch mehr. So stellen wir sicher, dass alle
589 Kinder die gleichen Chancen haben. Wir fordern die Senatsverwaltung auf, die Details
590 für eine rechtsichere Umsetzung dieses Vorschlags auszuarbeiten. Aufgrund der weit
591 reichenden Konsequenzen dieses Vorschlags wollen wir in einem öffentlichen Verfahren
592 alle Beteiligten informieren und das neue Verfahren erklären. Nach 5 Jahren soll über-
593 prüft werden, ob dadurch das Ziel einer besseren sozialen Durchmischung erreicht wor-
594 den ist.

595 Gleichzeitig beobachten wir mit Sorge, dass sich die Schulplatzknappheit in den kom-
596 menden Jahren aufgrund der Bevölkerungsentwicklung noch verschärfen wird. Um allen
597 Kindern einen Platz an einer guten Schule zu garantieren, ist es entsprechend erforder-
598 lich, zwei Dinge zu tun. Zum einen muss sichergestellt werden, dass jede Schule quali-
599 tativ hochwertigen Unterricht bietet – Instrumente dazu führen wir weiter unten aus.
600 Zum anderen muss so schnell wie möglich für ausreichende Kapazitäten an allen beste-
601 henden und zukünftigen Schulstandorten gesorgt werden; wir erwarten sowohl vom
602 Senat als auch von den Bezirken, dass sie die Schulentwicklungsplanung entsprechend
603 vorantreiben.

604 Die Förderprognose am Ende der Grundschule wollen wir durch die verpflichtende
605 Schullaufbahnberatung auf Grundlage einer schriftlichen Einschätzung ersetzen, bei der
606 individuell, diskriminierungsfrei und kultursensibel alle möglichen Abschlüsse und
607 Laufbahnen inklusive der späteren beruflichen Bildung vermittelt werden sollen. Es ist
608 an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schü-
609 ler*innen der richtige Weg ist und andere Abschlüsse auch gute, ggf. sogar bessere
610 Startchancen ins Berufsleben bieten.

611

612 **Weiterführende Schulen**

613

614 Ist der Übergang geschafft, beginnt die Zeit in einer der weiterführenden Schulen. Un-
615 sere Berliner Schullandschaft ermöglicht zwei Wege zu den gleichen Schulabschlüssen:
616 Der eine Weg führt über die integrierten Schulformen: Integrierte Sekundarschulen, be-
617 rufliche Schulen und Gemeinschaftsschulen. Der andere Weg führt über das allgemein-
618 bildende Gymnasium.

619 Unter den allgemeinbildenden Oberschulformen hat die Gemeinschaftsschule die meis-
620 ten Potenziale, Schule von den Kindern und Jugendlichen her zu denken. Durch die kon-
621 sequente Binnendifferenzierung sind die Gemeinschaftsschulen näher an individuali-
622 sierten Lernformen als andere Schulen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individu-
623 eller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Gemeinschaftsschulen auch
624 nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Se-
625 kundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Gemeinschaftsschulen
626 zeigen, wie erfolgreich der Gedanke des längeren gemeinsamen Lernens sein kann, aber
627 auch, wie anspruchsvoll diese Arbeit ist. Darum wollen wir die bestehenden Gemein-
628 schaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbei-
629 ten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Da auch der Erfolg einer
630 Gemeinschaftsschule mit dem Engagement und der Kompetenz des Kollegiums steht
631 und fällt, wollen wir, dass die Senatsschulverwaltung zusammen mit der GEW eine um-
632 fassende Werbe- und Fortbildungskampagne startet, um für neue Gemeinschaftsschulen
633 zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen. Wir begrüßen es, dass mit der Neufassung des
634 Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als Regelschule festgeschrieben wird – dafür
635 haben wir lange gekämpft. Damit haben alle Schulformen eine rechtlich gesicherte Ba-
636 sis, von der aus wir die Berliner Schulen weiter entwickeln wollen, damit an allen Schu-
637 len bessere Qualität möglich wird. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen und In-
638 tegrierten Sekundarschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, das bedeutet auch,
639 diesen Schulen eine eigene Oberstufe zu ermöglichen, wenn dies gewünscht ist oder
640 gegebenenfalls auch durch Kooperationen den Weg zum Abitur frei zu machen. Außer-
641 dem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koaliti-
642 onsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen oder Campuslösungen
643 geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten. ISSen und
644 Gymnasien wollen wir ermöglichen, sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsober-
645 schulen weiterzuentwickeln. Um die Weiterentwicklung von Gemeinschaftsschulen zu
646 fördern, wollen wir ein Qualitätsprogramm Gemeinschaftsschule auflegen, damit alle
647 Gemeinschaftsschulen allen Schüler*innen optimale Lernbedingungen bieten können.
648 Der Bedarf an gezielter Unterstützung beginnt mit der Umwandlung in eine Gemein-
649 schaftsschule, z.B. im Fusionsprozess, besteht aber auch beim Aufbau einer Oberstufe.
650 Hierfür wollen wir finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung stellen.

651

652 Wir verkennen aber auch nicht, dass es auch unter den Gemeinschaftsschulen große
653 Unterschiede gibt. Gute Schule muss in jedem Einzelfall, an jedem Standort immer wie-
654 der von Neuem erarbeitet werden. Zahlreiche Gemeinschaftsschulen benötigten auch
655 künftig verlässliche Unterstützung, um ihren Schulentwicklungsprozess voranzubringen.

656 Die große Stärke des Berliner Schulsystems, dass allen Kindern in Berlin die Wege zu
657 allen Abschlüssen offen stehen, muss für Eltern und Schüler*innen transparenter wer-
658 den. Obwohl nach der 10.Klasse mehr Schüler*innen in eine berufliche Schule gehen als
659 auf eine gymnasiale Oberstufe, beherrscht die Frage nach dem Abitur weiterhin die öf-
660 fentliche Debatte und die Schulpolitik. Wir wollen diese Schiefelage beenden und die
661 Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung stärken und auch nicht länger
662 hinnehmen, dass in Berlin knapp 10 Prozent der Schüler*innen die Schule ohne einen
663 Abschluss verlassen. Die Schulen, die mit dieser Aufgabe besonders zu kämpfen haben,
664 wollen wir massiv und gezielt in ihrer Entwicklung unterstützen. Dabei muss es neben
665 allen innerschulischen Maßnahmen auch eine umfassende Einbettung der Schulen in
666 eine soziale Stadtteilarbeit geben, in deren Mittelpunkt die Familien der Schüler*innen
667 stehen. Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und
668 der Weg zu allen Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu
669 guter individueller Förderung bei. Während Integrierte Sekundarschulen Schulkinder in
670 Niveaustufen einteilen können, lernen Schüler*innen an Gemeinschaftsschulen wirklich
671 integriert, gemeinsam und voneinander. Gemeinschaftsschulen sind deshalb aus Sicht
672 von Bündnis 90/Die Grünen die Schulformen der Zukunft. Sie leben den Gedanken des
673 längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten.

674

675 Auch an Gymnasien sind viele Lehrer*innen hoch motiviert, wollen für die aufgenom-
676 menen Kinder das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Of-
677 fensichtlich zögern aber noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kin-
678 dern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu öffnen. Wir wollen das durch Beratung
679 und Unterstützung ändern, und zusammen mit den Gymnasien erreichen, dass alle nach
680 denselben Regeln wie die ISS oder Gemeinschaftsschulen Kinder mit sonderpädagogi-
681 schen Förderbedarf tatsächlich aufnehmen, wenn es die entsprechenden Anmeldungen
682 gibt. Auch die Schulaufsicht ist hier in der Pflicht. Der oben beschriebene Übergang von
683 der Grundschule auf weiterführende Schulen wird auch die Schüler*innenschaft auf
684 Gymnasien heterogener machen. Unser Ziel ist, dass die Kinder, die einmal auf dem
685 Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen. Das bedeutet einerseits, dass Gym-
686 nasien künftig alle Schulabschlüsse nicht nur anbieten, sondern auch fördern sollen. Es
687 ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schü-
688 ler*innen der richtige Weg ist. Um eine Gleichwertigkeit zwischen Integrierten Sekun-
689 darschulen und Gymnasien herzustellen, möchten wir, dass auch Gymnasien mit den
690 Schüler*innen arbeiten, die sie haben. Wir wissen, wie groß die Belastung durch das
691 Probejahr und das sogenannte „Abschulen“ für die Kinder ist. Deshalb werden wir das
692 Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das sogenannte „Abschulen“ von Kindern
693 mit einigen schlechten Zensuren an eine ISS durch andere Maßnahmen ersetzen, die die

694 Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, sodass alle Kinder, die einmal auf dem
695 Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen können. Diese Maßnahmen wollen
696 wir zeitnah gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeiten. Lehrkräften, die sich Unterstüt-
697 zung wünschen, greifen wir mit Fortbildungsangeboten zu binnendifferenziertem Ler-
698 nen unter die Arme.

699 Verpflichtendes Sitzenbleiben gibt es schon heute nur noch an Gymnasien. In den ande-
700 ren Schulformen gibt es die Möglichkeit des „freiwilligen Wiederholens“. So wollen wir
701 das auch an Gymnasien einführen. Ferner wollen wir, dass an Gymnasien Sprachförde-
702 rung und/oder Nachhilfeunterricht z.B. in Mathematik, wie es sie an vielen ISSen gibt,
703 angeboten werden, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen.

704 Einige Gymnasien nehmen Kinder bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hinge-
705 gen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb werden wir eine verbindliche
706 Grundschulzeit von sechs Jahren durchsetzen. Gleichzeitig sehen wir die Flucht von
707 staatlichen Grundschulen mit großer Sorge. Unser Ziel ist, mit einer Qualitätsoffensive
708 unsere Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie Schulen in nicht-
709 öffentlicher Trägerschaft oder die Gymnasien, die heute in der fünften Klasse beginnen.

710 Mittelfristig wollen wir die zentrale Gerechtigkeitslücke schließen und Grundschulen
711 endlich besser unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder bestmög-
712 lich fördern können.

713 Es ist uns bewusst, dass wir damit auch neue Anforderungen an die Gymnasien stellen.
714 Darum wollen wir die Gymnasien mit steigender Übernahme neuer Aufgaben auch ent-
715 sprechend besser ausstatten und befähigen.

716

717 Egal ob Gymnasium, ISS oder Gemeinschaftsschule – es gibt in jeder Schulform Schu-
718 len, die sich besonderen Herausforderungen gegenüber sehen. Dies betrifft vor allem
719 Schulen mit einem hohen Anteil von Schüler*innen aus sogenannten bildungsfernen
720 Elternhäusern. Diese wollen wir gezielt unterstützen. Dazu sollen für diese Schulen die
721 Teile des Bonusprogramms, die sich vor Ort bewährt haben, in die Dauerfinanzierung
722 überführt werden, sodass die Schulen für neue Maßnahmen freie Mittel im Rahmen des
723 Bonusprogramms bekommen.

724

725 **Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung**

726

727 Eine Besonderheit des Berliner Schulsystems sind die Oberstufenzentren (OSZ), wo die
728 mit Abstand größte Zahl der Jugendlichen unserer Stadt lernt. Ihre Stärke liegt darin,
729 dass sie vier Bildungssegmente unter einem Dach zusammenfassen: Berufsqualifizie-
730 rung, Berufsausbildung, Studienqualifizierung und Weiterbildung. Wir wollen die OSZs
731 stärken und die berufliche Bildung insbesondere bei Fragen von Abschlüssen, Anschlüs-
732 sen, Übergängen, Kooperationen und Oberstufen mitdenken – denn hier bieten sie un-
733 genutzte Potenziale für unsere Stadt. Die Schulplätze müssen insbesondere für schuli-

734 sche Ausbildungen in Mangelberufen ausgebaut werden, damit Schüler*innen mit
735 schlechteren Schulabschlüssen nicht auf kostenpflichtige, private Alternativen auswei-
736 chen müssen. Mittelfristig möchten wir für diese Berufe einen Anspruch auf einen Aus-
737 bildungsplatz an einer staatlichen Schule einführen.

738 Wo Kooperationen zwischen ISS und OSZ bestehen, wollen wir diese stärken und weite-
739 re Kooperationen – auch mit Gemeinschaftsschulen – unterstützen. Im Zuge der Schul-
740 strukturreform ist dies nicht ausreichend gefördert worden; ein sträfliches Versäumnis,
741 denn dies ist eine einzigartige Chance, die berufliche Bildung als Teil einer gemeinsa-
742 men Bildungslandschaft sichtbarer und einen durchgängig integrierten Schulweg mög-
743 lich zu machen. Bisher war dies aber auch deshalb schwer durchsetzbar, weil in vielen
744 Familien das Abitur nach wie vor als erstrebenswertester Abschluss zählt. Hier gilt es,
745 die berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung zu positionieren. Dafür
746 wollen wir die Familien schon ab den Grundschulen gleichberechtigt über berufliche
747 wie akademische Bildungsgänge informieren und durch eine Kampagne, gegebenenfalls
748 auch in Zusammenarbeit mit der IHK und Gewerkschaften oder anderen Akteur*innen,
749 die berufliche Bildung attraktiver machen.

750 Gleichzeitig sollen alle Schüler*innen entsprechend ihren Neigungen auch in den all-
751 gemeinbildenden Schulen die Möglichkeit bekommen, von den Formen des dualen Ler-
752 nens, wie beispielsweise des Produktiven Lernens, zu profitieren.

753 Für uns ist entscheidend, dass kein*e Jugendliche*r die Schule ohne Perspektive ver-
754 lässt. Deshalb wollen wir allen, die ansonsten unversorgt sind, mit Hilfe eines 11. Schul-
755 jahres für sie adäquate, anschlussfähige (Aus-)Bildungsangebote machen. Alle Jugendli-
756 chen sollen bei diesen Übergängen begleitet werden. Schulen sind mitverantwortlich
757 dafür, dass Jugendliche über ihre Möglichkeiten und entsprechende Anmeldefristen in-
758 formiert sind. Und wir wollen die Oberstufenzentren als Kompetenzzentren für ihr Be-
759 rufsfeld fachlich weiter stärken, u.a. durch Ausbau der Lernortkooperation mit den Aus-
760 bildungsbetrieben oder durch Zusammenarbeit mit Hochschulen und die gemeinsame
761 Entwicklung dualer Studiengänge.

762 Generell sind die sich beschleunigenden Veränderungen zu beachten, die mit der digita-
763 len Transformation einhergehen. Berufsbilder verändern sich, manche Berufe verlieren
764 an Bedeutung, während andere neu entstehen. In vielen Branchen werden niedrig quali-
765 fizierte Jobs zunehmend durch Roboter ersetzt, während der Bedarf an höher qualifizier-
766 tem Personal zunimmt. Auf all dies muss sich die berufliche Bildung beizeiten einstel-
767 len, damit sie nicht am Bedarf vorbei ausbildet. Dazu sollte eine Stelle in der Bildungs-
768 verwaltung eingerichtet werden, die sich mit den notwendigen Anpassungsmaßnahmen
769 befasst.

770

771 **Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft**

772

773 Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches
774 Bildungsangebot einzusetzen. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt pä-

775 pädagogischer Konzepte Platz hat – soweit es geht innerhalb des öffentlichen Bildungs-
776 systems.

777 Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft waren oft Vorreiter bei der Erprobung neuer
778 pädagogischer Konzepte. Einige dieser Schulen erproben alternative Schulkonzepte,
779 doch selbst, wenn sie damit positive Erfahrung machen, werden diese kaum in den
780 Schulbetrieb der staatlichen Schulen überführt. So kommen sie nur einem kleinen Teil
781 von Schüler*innen zu Gute. Wir fordern deshalb einen Fonds, auf den sich alle Schulen
782 mit Projekten bewerben können, die dann wissenschaftlich begleitet werden. Nach Be-
783 endigung des Projektes wird entschieden, ob erprobte Lehr- und Lernmethoden oder
784 Strukturen in den staatlichen Schulbetrieb überführt werden. Bei der Verteilung der Pro-
785 jekte soll darauf geachtet werden, dass diese Gelder stadtweit ausgeglichen verteilt
786 werden und Schulen mit hohem Prozentsatz an Schüler*innen aus Familien mit mindes-
787 tens einem transferleistungsberechtigten Elternteil sollen bei der Vergabe bevorzugt
788 werden. Gleichzeitig leisten Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft in Berlin einen
789 wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000
790 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schü-
791 ler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, Schulen in nichtöffentlicher Träger-
792 schaft zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genann-
793 te „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der
794 Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besu-
795 chen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen
796 mit den Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heteroge-
797 nität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schu-
798 len ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteilig-
799 ten Schichten öffnen wollen. Die Umsetzung des Konzepts muss innerhalb von fünf Jah-
800 ren geprüft werden. Ein zentraler Aspekt dabei ist, zu garantieren, dass Kinder von Men-
801 schen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren Beiträge
802 wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu können,
803 welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schu-
804 len sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus
805 finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungs-
806 verwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher
807 Trägerschaft in Berlin gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die
808 soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass Schulen in
809 nichtöffentlicher Trägerschaft, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien
810 unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Schulen in nichtöf-
811 fentlicher Trägerschaft mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durch-
812 mischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten.

813

814 **Für echte Chancengerechtigkeit braucht es echte, bedarfsorientierte**
815 **Deutschförderung - und die Förderung von Mehrsprachigkeit**

816

817 Berlin ist seit Jahrzehnten von Migration geprägt; Kinder, die die deutsche Sprache noch
818 lernen und ausweiten möchten, kommen regelmäßig, immer wieder aufs Neue in den
819 Berliner Klassen an. Die hierfür bereits existierenden Konzepte der Sprachbildung –
820 inkludiert in Regelklassen – sollen endlich flächendeckend Anwendung finden. Darüber
821 hinaus müssen Anreize geschaffen werden, dass genügend Menschen sich zu DaZ-
822 Lehrkräften ausbilden lassen.

823 Mehrsprachigkeit gehört zum Alltag der mittlerweile fast 50 % der Kinder. Diese Le-
824 bensrealität ist nach wie vor an Berliner Schulen nicht abgebildet. Wir fordern, dass ver-
825 schiedene Familiensprachen – entsprechend der Zusammensetzung der Klassen als ein
826 Unterrichtsfach – ähnlich wie Fremdsprachen – notenrelevant angeboten und wertge-
827 schätzt werden.

828 Schulen haben explizite und implizite Erwartungen an Schüler*innen im Hinblick auf
829 die Sprachpraxis im Deutschen - auch in Fächern, in denen es nicht um die Sprache
830 geht. Wir wollen die fragwürdige Kategorie "nichtdeutsche Herkunftssprache" abschaf-
831 fen. Denn: Es gibt einerseits auch monolinguale Kinder, die sich ausschließlich auf
832 Deutsch mit ihren Familien unterhalten und dennoch nicht den schulischen Erwartun-
833 gen im Hinblick auf die Deutschkenntnisse entsprechen; andererseits kommt es immer
834 wieder vor, dass allein aufgrund von diskriminierenden Zuschreibungspraktiken Schü-
835 ler*innen der Kategorie „nichtdeutsche Herkunftssprache“ zugeordnet werden – unab-
836 hängig ihres tatsächlichen sprachlichen Vermögens im Deutschen - allein basierend auf
837 z.B. phänotypische Merkmale, des Namens, der familiären Migrationsgeschichte. Um
838 allen Kindern Chancengerechtigkeit zu garantieren, müssen sie durch eine geeignete,
839 tatsächlich an ihren individuellen Bedarfen orientierte Förderung in der deutschen
840 Sprache eine Unterstützung erfahren – unabhängig von diskriminierenden Zuschrei-
841 bungen. Wir fordern daher, dass alle Schüler*innen, unabhängig ihrer Herkunft und ihrer
842 Fähigkeiten in anderen Sprachen, zu einem geeigneten Zeitpunkt nach Schuleintritt an
843 Tests teilnehmen, die ihren Sprachstand in der deutschen Sprache adäquat feststellen,
844 um im nächsten Schritt entsprechend des individuellen Bedarfs der Schüler*innen ein
845 „Deutschförderkonzept“ zu erstellen. Die Finanzierung wird sich dann am individuellen
846 Bedarf jeder einzelnen Schule festmachen. Dabei muss die Senatsverwaltung für Bil-
847 dung dafür Sorge tragen, dass die hierfür vorgesehene finanzielle Zuwendung aus-
848 schließlich zur Deutschförderung eingesetzt wird.

849

850 **Qualitätssicherung in allen Schulen**

851

852 An allen Schulen ist uns das Thema Qualitätssicherung ein wichtiges Anliegen. Dabei ist
853 uns eine Mischung an Instrumenten wichtig, die nicht nur Abschlüsse und Notendurch-
854 schnitte misst, sondern auch die konkrete Situation von Schulen in den Blick nimmt.
855 Eine Schule mit vielen Kindern aus bildungsnahen Familien hat es leichter, gute Ab-
856 schlussszahlen vorzuweisen, als eine Schule, die eine viel heterogenere Schü-
857 ler*innenschaft aufweist. Darum setzen wir uns zum einen für eine Mischung unter-

858 schiedlicher Instrumente ein, zum Beispiel aus Schülerbefragungen, Vergleichsarbeiten,
859 ausgefallenen Stunden und Vor-Ort-Besuchen, um die individuelle Situation von Schu-
860 len im Detail betrachten zu können. Diese Instrumente wollen wir sowohl in öffentli-
861 chen, wie auch in Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft anwenden. Denn um Schule
862 gestalten zu können, ist es nötig zu wissen, wie es um unsere Schulen bestellt ist. Das
863 geht nur mit guter Forschung und der Erhebung von Daten über unsere Schulen. Mit der
864 Einführung der Lernmittelbefreiung für alle wird uns ein wichtiger Indikator verloren
865 gehen, mit dessen Hilfe es möglich ist, die soziale Mischung von Schulen und Klassen
866 nachzuvollziehen. Wir wollen dieses Defizit künftig durch andere Indikatoren ersetzen
867 und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen investieren. Dabei möchten
868 wir eine Sozialberichterstattung Schule auf bezirklicher und Landesebene schaffen, die
869 kontinuierlich die soziale Segregation zwischen Berliner Schulen auch auf Grundlage
870 von Bildungshintergrund und Einkommen untersucht. Zum anderen setzen wir uns dafür
871 ein, dass Schulen den Schüler*innen, die nicht aus akademischen Familien kommen,
872 strukturell die Möglichkeit bieten, ihre Nachteile zu kompensieren, um so die Verant-
873 wortung nicht komplett auf die Familien zu delegieren.

874 Dabei steht im Vordergrund nie die Bewertung der Schule, sondern die Identifikation
875 von Verbesserungsbedarf und -potential zum gemeinsamen Nutzen.

876 Die Ergebnisse solcher Untersuchungen sollen als Feedback für Schulen dienen und
877 Verwaltung und Politik ermöglichen, zielgerichteter Problemen entgegenzuwirken. Wir
878 wollen nicht, dass diese Ergebnisse in Form von Ranglisten veröffentlicht werden, um
879 Effekten wie z.B. Stigmatisierung von niedrig gerankten Schulen oder Cream Skimming
880 entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist wichtig, dass jede Schule – auch bei schwierigen
881 Bedingungen – Verantwortung sowohl für „ihre“ Kinder und Jugendlichen als auch für
882 die Sicherung der Qualität ihrer Arbeit als Team hat. Ein Schwerpunkt der Qualitätsent-
883 wicklung innerhalb der Schulen sollte darin bestehen, intensiv daran zu arbeiten, ihre
884 Selbstevaluationsfähigkeiten auszubauen und die dazu erforderlichen Haltungen bei
885 den Lehrkräften zu entwickeln. Die bisherige Nutzung der vorhandenen Portale für Leh-
886 rer-Schüler-Feedback zum Unterricht ist noch viel zu gering. Alle schulischen Fachkräfte
887 sollen als Teil ihrer Arbeit Supervision in Anspruch nehmen können. Insgesamt ist eine
888 bessere Verzahnung von interner und externer Evaluation als ein vielversprechender
889 Ansatz für Schulentwicklung zu fördern. Schulen und Schulaufsicht müssen in der Nut-
890 zung von externen und internen Evaluationsergebnissen künftig noch stärker fachlich
891 unterstützt werden. Die externe Schulevaluation/Schulinspektion stellt ein wichtiges
892 Instrument zur Qualitätsentwicklung dar, das erheblich mehr Potential enthält als bis-
893 her sichtbar geworden ist. Dieses lässt sich aber nur nutzen, wenn die erforderlichen
894 Verknüpfungen mit anderen Elementen der Qualitätsentwicklung und -sicherung plan-
895 voll vorgenommen werden. Eine Gesamtstrategie in diesem Sinne gibt es in Berlin bis-
896 her nur in Ansätzen.

897

898 **Die Schule der Zukunft gestalten – Digitalisierung und Nachhaltigkeit**
899 **in die Schulen bringen**

900

901 Heutzutage wachsen Kinder in einer wesentlich schnelllebigeren Welt auf als jede Ge-
902 neration zuvor. Ausgelöst durch die Entwicklung digitaler Technologien nimmt die Ge-
903 schwindigkeit des technischen Fortschritts insgesamt rasant zu; in der Folge verändern
904 sich Kommunikationsbeziehungen und sozioökonomische Bedingungen, alles wird
905 komplexer, Berufsbilder verschwinden und entstehen neu, berufliche Anforderungen
906 steigen. Die inhärente Undurchsichtigkeit der auf Bits und Bytes beruhenden Technik
907 und ihre zunehmende Durchdringung erfordern mehr Kompetenzen, um sie nicht nur
908 bedienen, sondern auch die mögliche Auswirkungen des eigenen Handelns durchschau-
909 en und Gefahren abwehren zu können. Die Digitalisierung kann aber auch zu effektive-
910 rem Lernen, differenzierterem Unterricht und motivierteren Schüler*innen führen. Auf
911 all die neuen Aufgaben und Möglichkeiten muss sich das Berliner Schulwesen dringend
912 einstellen und dazu muss die Digitalisierung endlich entschlossen und umfassend in
913 Angriff genommen werden. Pädagogisches Personal soll Schüler*innen auf ein Leben in
914 einer digitalisierten Zukunft vorbereiten, die sie noch nicht kennen können und sie be-
915 fähigen, diese Zukunft zu gestalten; dabei können sich viele noch nicht einmal in der
916 Technik von heute sicher bewegen. Wir müssen uns daher Gedanken über veränderte
917 Lernziele und -Inhalte ebenso wie über veränderte Unterrichtsformen machen, passen-
918 de Fort- . Weiterbildungs- und Schulentwicklungsangebote bereitstellen und die Men-
919 schen in der Lehrerausbildung entsprechend vorbereiten. Wir dürfen nicht dem Trug-
920 schluss unterliegen, Digitalisierung als eine rein technische Herausforderung zu begrei-
921 fen. In einer digitalisierten Welt nimmt die intrinsische Motivation eine noch bedeuten-
922 dere Stellung ein. Berlin soll daher auf die Förderung dieser seinen Schwerpunkt legen

923 Die beste Ausbildung nützt jedoch nichts, wenn die Ausstattung an den Schulen nicht
924 den Anforderungen eines zukunftsorientierten Unterrichts entspricht. Wir fordern des-
925 halb, dass alle Schulen ausreichende, ihrem jeweiligen Medienkonzept entsprechende
926 Ausstattung mit Computern und anderen Endgeräten bekommen und mit aktueller, zu-
927 kunftsfähiger Netzinfrastruktur wie beispielsweise Breitbandanschluss und WLAN in
928 allen Unterrichtsräumen versorgt werden. Zur digitalen Infrastruktur gehören darüber
929 hinaus auch Schulclouds, Lernmanagementsysteme, Medienserver und andere Dienste,
930 die zentral zur Verfügung gestellt werden und sowohl in der Schule als auch von Zu-
931 hause aus nutzbar sind. Die beschaffte Hardware soll in ihrer Produktion, gerade auch
932 wegen der Vorbildfunktion der öffentlichen Institution Schule, sozialen und ökologi-
933 schen Standards entsprechen. Hard- und Software müssen verlässlich gewartet und
934 Lehrer*innen bei ihrer Verwendung unterstützt werden – IT-Personal an allen Schulen
935 und eine Support-Hotline sind dafür unumgänglich. unumgänglich.

936 Digitalisierung an der Schule heißt, Schüler*innen auf das Leben in der digitalisierten
937 Welt vorzubereiten. Dabei gilt es, sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung
938 zu sehen. Dafür müssen auch im digitalen Bereich außerschulische Lernorte und Koope-
939 rationspartner*innen selbstverständlicher Bestandteil von Schule werden. Wie auch in
940 anderen Bereichen ist es das Ziel von Bildung, mündige Bürger*innen zu erziehen, die
941 mit der Kompetenz ausgestattet sind, mit Medieninhalten kritisch umzugehen, und

942 ihnen die zur Bewältigung des Lebens und Arbeitens erforderlichen Kompetenzen zu
943 vermitteln. Schüler*innen müssen lernen, wie sie Medien nutzbringend einsetzen kön-
944 nen, aber auch, wie sie beispielsweise Unwahrheiten erkennen, verschiedene und diffe-
945 renzierte Quellen finden und diese für ihre Meinungs- und Urteilsbildung nutzen, auf
946 Cybermobbing reagieren, Überwachung vermeiden, Identitätsdiebstahl und andere An-
947 griffe abwehren und auch die Rechte anderer Menschen wahren können. Der Einfluss
948 großer Konzerne und der Handel mit Daten sind genauso problematisch wie die Tatsa-
949 che, dass zu häufiger Medienkonsum zu Konzentrationsschwächen und anderen Verhal-
950 tensauffälligkeiten führen kann. Deshalb wollen wir Medienpädagogik und digitale
951 Technik von Anfang an zusammen denken. Denn Digitalisierung ohne Medienpädagogik
952 ist genauso wertlos, wie eine gute Medienpädagogik ohne die entsprechende Technik.
953 Und auch im Hinblick auf die Digitalisierung müssen wir soziale Ungerechtigkeiten im
954 Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch beim digitalen
955 Wissen schnell abgehängt (Stichwort „Digitale Kluft“). Nicht alle Familien haben eigene
956 mobile Endgeräte. Der Besitz eines eigenen Geräts darf keine Voraussetzung für den
957 Schulbesuch sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass
958 Schüler*innen sie inner- und außerhalb der Schule kostenlos nutzen können. Außerdem
959 setzen wir uns dafür ein, dass an Schulen möglichst kostenlose opensource Software
960 wie beispielsweise das Betriebssystem Linux verwendet werden kann. Auch die Lehr-
961 kräfte müssen mit den erforderlichen Geräten ausgestattet werden, wenn wir von ihnen
962 erwarten, dass sie im Unterricht moderne Technik einsetzen. Bei der Beschaffung der
963 elektronischen Ausrüstung dürfen allgemeine digitalisierungspolitische Aspekte wie
964 Datenschutz- und Sicherheit, ökologischer Fußabdruck, Produktionsbedingungen usw.
965 nicht übersehen werden.

966 Wir erwarten, dass die Senatsverwaltung die derzeitige Situation beendet, in der es kein
967 klares Gesamtkonzept gibt und jede Schule und jeder Bezirk eigene Lösungen sucht,
968 ohne zu wissen, welchen Anforderungen sie eigentlich gerecht werden müssen. Dazu
969 soll sie einen umfassenden Medien- und Digitalisierungsentwicklungsplan vorlegen, der
970 den Weg weist zu einer anforderungsgerechten technischen Ausstattung der Bildungs-
971 einrichtungen und der beteiligten Menschen, dem Aufbau der erforderlichen personel-
972 len Kompetenzen und der Entwicklung der fach- und allgemeindidktischen Grundlagen.
973 Innerhalb der Senatsverwaltung soll der Bereich Digitalisierung im Bildungswesen ge-
974 stärkt und personell so ausgestattet werden, dass sie die Vorhaben auch gegenüber den
975 anderen beteiligten Stellen (Innenverwaltung, ITDZ) durchsetzen und zügig ausführen
976 kann und, dass Schulen dort auch Ansprechpartner*innen sowohl zu inhaltlichen als
977 auch zu technischen Fragen finden.

978

979 **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

980

981 Uns ist es wichtig, dass wir Kindern die Möglichkeit geben, Umwelt und Natur greifbar
982 zu erleben und zu erlernen.

983 Neben der Wissensvermittlung in den Schulen sollen deshalb in den kommenden Jahren
984 auch zunehmend außerschulische Lernorte als Orte zur Umwelt- und Naturbildung so-
985 wie für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) entwickelt werden. Berlin bietet
986 hierfür nahezu perfekte Bedingungen. Zahlreiche Akteur*innen, wie etwa die Umwelt-
987 und Naturbildungseinrichtungen, Gartenarbeitsschulen und Waldschulen, sind in diesem
988 Bereich bereits tätig und bieten den Schul- und Kitakindern zahlreiche Möglichkeiten.

989 Wir haben uns in den vergangenen Haushaltsberatungen mit Erfolg dafür eingesetzt,
990 dass die Umwelt- und Naturbildung aber auch BNE in Zukunft ein wichtiger Bestandteil
991 des schulischen, aber auch außerschulischen Unterrichts werden. Es ist uns gelungen,
992 dass Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen wie etwa die Freilandlabore Marzahn
993 und Britz mit mehr finanziellen Mitteln unterstützt werden und sie so ihre wichtige Ar-
994 beit ausweiten können. Gleiches gilt auch für weitere Initiativen wie etwa den Ernäh-
995 rungsrat, den Verein NAHhaft oder den Imkerverband, die ebenfalls finanziell besser
996 ausgestattet werden. Ein wichtiges Fundament wird schon im nächsten Jahr auch ein
997 Umwelt- und Naturbildungszentrum in jedem Bezirk sein. Die bereits bestehenden Um-
998 welt- und Naturbildungszentren werden finanziell besser gestellt und bestehende
999 Strukturen und Angebote ausgeweitet. Wir wollen, dass jede (Grund-)Schulklasse min-
1000 destens einmal im Jahr ein Angebot in den Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen
1001 wahrnehmen kann.

1002

1003 **Schule in der Vielfalt ist inklusiv**

1004

1005 Unsere Schülerschaft ist vielfältig und multikulturell. Aber unsere Schulen und das Per-
1006 sonal in den Bildungseinrichtungen sind eher monokulturell und monolingual geprägt.
1007 Vielfalt kann zu Spannungen führen und oft werden diese durch soziale Unterschiede
1008 verstärkt. Das Resultat sind Schulen, die von einigen Familien, die es sich leisten kön-
1009 nen und wollen, gemieden werden. Nicht selten ziehen Familien aus ihren Kiezen weg,
1010 sobald die Kinder im Einschulungsalter sind. Das führt zu mehr Segregation und Spal-
1011 tung. Gegen diesen Abwärtstrend gibt es kein Patentrezept, dennoch gelingt es vielen
1012 Schulen in sozial benachteiligten Gebieten mit Ganztagsbetreuung, Elterncafés, durch
1013 Eigenverantwortung und ähnliche Maßnahmen, die Entwicklung zu stoppen und gar
1014 umzukehren. Sie beweisen, dass Schulen überall gelingen können.

1015

1016 Das Geheimnis ist eine gute Bildungsqualität und eine diversitätsorientierte Öffnung
1017 der Bildungseinrichtung. Vorurteilsbewusstsein und die Anerkennung der Vielfalt unse-
1018 rer Gesellschaft sind dafür unerlässlich. Zur Schule in Vielfalt gehören auch Pädä-
1019 gog*innen of Color und mit diversitätssensiblen Kompetenzen. Darum ist die Reform der
1020 Lehrkräfte- und Erzieherausbildung sowie der Rahmenpläne ein wichtiger Baustein zum
1021 Gelingen der Schule in Vielfalt. Die Realität der Einwanderungsgesellschaft muss sich in
1022 der Ausbildung, in den Rahmenplänen und im Unterricht klar widerspiegeln.

1023

1024 Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleich-
1025 zeitig viel breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogi-
1026 schem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns viel-
1027 mehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von sozialer oder ethnischer Her-
1028 kunft, kultureller Traditionen, religiöser Überzeugung, sexueller Orientierung, ge-
1029 schlechtlicher Identität oder von Behinderungen.

1030 Berlin ist auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft schon einige wichtige Schritte
1031 gegangen. Rahmenlehrplan und Schulgesetz sind überarbeitet und es sind in allen Be-
1032 zirken Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstüt-
1033 zungszentren (SIBUZ) eingerichtet worden. Es gibt Qualifizierungsprogramme für Schu-
1034 len und Fortbildungskonzepte für Pädagog*innen. Die bisher vereinbarten 36 inklusiven
1035 Schwerpunktschulen sind mit mehr Personal ausgestattet und Kinder mit Autismus und
1036 besonderer geistiger, körperlicher oder motorischer Entwicklung lernen in gemischten
1037 Klassen. Hier können sehende und nicht sehende, hörende und nicht hörende Kinder
1038 miteinander lernen. Diversität ist selbstverständlicher Alltag, nur leider nicht überall
1039 gelebte pädagogische Praxis.

1040

1041 Kinder und Jugendliche mit komplexen individuellen Lebenssituationen und Problemla-
1042 gen müssen überall adäquat unterstützt werden. Dies erfordert tragfähige Strukturen
1043 und verlässliche Verfahrensregelungen für alle Verantwortlichen (Schulen, Jugend, Ge-
1044 sundheit, weitere Hilfe- und Unterstützungssysteme). Damit die Unterstützung gelingen
1045 kann, müssen die beteiligten Professionen fächer- und institutionenübergreifend zu-
1046 sammenarbeiten, gemeinsame Hilfeplanung stattfinden, Familien und Kinder und Ju-
1047 gendliche beteiligt werden. Ressourcenorientierung und Lebensweltorientierung sind
1048 bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen.

1049

1050 Barrierebelastete Schulbauten, eine wenig ausgeprägte Inklusionskultur und mangel-
1051 hafte Unterstützungsstrukturen müssen endlich in der ganzen Breite der Schulformen
1052 und Schulen einer inklusiven Schule weichen und der damit verbundene Rechtsan-
1053 spruch ohne Ausnahmen im Berliner Schulgesetz verankert werden. Mindestvorausset-
1054 zung ist die Streichung von § 37 Absatz 3 BerlSchulG.

1055

1056 Für Kinder und Jugendliche, die vorübergehend oder längere Zeit nicht an den Regel-
1057 schulen beschult werden können, muss von Anfang in der Hilfeplanung die Rückkehr an
1058 die Regelschule verbindlich mit geplant werden und ein entsprechender Schulplatz
1059 möglichst an der Herkunftsschule zur Verfügung stehen. Die abgebende Schule bleibt in
1060 der Verantwortung für ihre Schüler*innen.

1061

1062 Wir begrüßen die Berliner Rahmenvereinbarung „Schulische Pflege und Hilfe“ und die
1063 Erhöhung der Schulhelferstunden, deren Deckelung wir mittelfristig abschaffen wollen.

1064 Nun sollte ein besseres Assistenzkonzept entwickelt werden, das auch die medizinische
1065 Versorgung von Kindern abdeckt.

1066

1067 Fachpersonal mit Bezug auf sonderpädagogische Beratung, Diagnostik und inklusiver
1068 Schulentwicklung sowie Klassenleiter*innen sollen inklusionsbezogene Anrechnungs-
1069 stunden erhalten. Zusätzliches Personal für Sprachförderungen wollen wir schülerindi-
1070 viduell stellen und die Begrenzung in der Schülerförderungs- und -
1071 betreuungsverordnung abschaffen. Grundsätzlich sehen wir es kritisch, dass inklusions-
1072 bezogene Fachkräfte für Vertretungen eingesetzt werden.

1073

1074 Unter Federführung der Senatsverwaltung für Jugend und Familie wollen wir ein Netz-
1075 werk Inklusion schaffen. Für Kinder mit besonderen Bedarfen und ihre Familien braucht
1076 es ein Lotsensystem, um sie aus dem Dschungel der Rechtssysteme zu führen. Es soll
1077 bei den Jugendämtern angesiedelt sein.

1078

1079 Dabei ist uns bewusst, dass Inklusion auch Geld kostet. Dafür möchten wir finanzielle
1080 Mittel bereitstellen. Wir wollen mehr Geld, mehr Personal und Weiterbildungen für ge-
1081 lingsame Inklusion!

1082

1083 **Demokratiebildung und Diversität**

1084

1085 Demokratiebildung und Diversität sind zwei Seiten derselben Medaille. Schüler*innen,
1086 die früh demokratische Strukturen kennen und schätzen lernen, werden auch im späte-
1087 ren Leben für Vielfalt, Meinungsfreiheit und Menschenwürde eintreten. Wir sind uns
1088 bestehender innerschulischer Hierarchien bewusst, wollen sie abbauen und Erziehungs-
1089 und Bildungspartnerschaft in Schule lebendig machen. Schule ist ein demokratischer
1090 Ort, wenn Demokratie dort gelebt wird. Demokratie in der Schule muss daher den
1091 Hauptgegenstand von Schule, das Lernen, mit umfassen und schließt auch das Zusam-
1092 menleben in der Schule ein. Demokratie in der Schule macht keinen Sinn, wenn sie
1093 nicht auch als Übungsfeld in der Gesellschaft verstanden und gestaltet wird und übt,
1094 verantwortlich zu handeln und selbständig zu leben. Kinder und Jugendliche sind Trä-
1095 ger*innen eigener Menschenrechte, so die UN-Kinderrechtskonvention und unsere tiefe
1096 Überzeugung. In diesem Sinne müssen Schulen befähigt sein, Kinder- und Menschen-
1097 rechte als Richtschnur für junge Menschen und pädagogische Personal zu leben.

1098 Wir wollen außerdem den Schülervertretungen, den Bezirksschülerausschüssen sowie
1099 dem Landesschülerausschuss mehr echte Mitbestimmungsmöglichkeiten geben. Hier
1100 lernen Schüler*innen, Selbstwirksamkeit und Verantwortung zu übernehmen. Nur, wenn
1101 ihre Beschlüsse auch tatsächlich etwas bewirken und finanziell beispielsweise durch
1102 Schulbudgets unterlegt sind, können diese positiven Effekte auch nachhaltig sein und

1103 Politikverdrossenheit entgegenwirken. Wir wollen deshalb auch mehr Schulen motivie-
1104 ren, eigene demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulpar-
1105 lamente einzuführen. Auch wollen wir, dass Schüler*innen selbstverantwortlich und
1106 selbstbestimmt an der Konzeption und Gestaltung von Projekten und Klassenfahrten
1107 mitwirken. Innerschulische Beratung für Diversity und Inklusion kann Materialien zu
1108 kultureller und sprachlicher, zu religiöser und weltanschaulicher, zu geschlechtlicher
1109 und sexueller, zu sozialer und ethnischer Vielfalt zur Verfügung stellen.

1110 In Berlin gibt es bereits ein aktives Netz für Demokratie- und politische Bildung. Es gilt,
1111 diese Angebote bekannter zu machen und Lehrkräften sowie Schüler*innen auch den
1112 nötigen (zeitlichen) Freiraum zu geben, diese gemeinsam anzunehmen. Überdies bedarf
1113 es berlinweit der Einführung von Kinder- und Jugendparlamenten. Diese wollen wir mit
1114 einem Antragsrecht für die BVV ausstatten. Die bereits vorhandenen Beteiligungsstruk-
1115 turen brauchen Personal, das den Engagierten inhaltlich zur Seite steht. Außerdem dür-
1116 fen schulische Verpflichtungen die Partizipation nicht hemmen.

1117 Den Klassenrat halten wir für eine sinnvolle, niedrighschwellige Beteiligungsform aller
1118 Schüler*innen. Deshalb wollen wir, dass dafür in allen Klassenstufen wöchentlich Zeit
1119 eingeräumt wird. Die autoritären Strukturen der Schule stehen im Widerspruch zum in
1120 den Rahmenlehrplänen formulierten Ziel der Selbstwirksamkeit. Wir wollen sie deshalb
1121 durch unterschiedliche Maßnahmen aufbrechen. So wollen wir zum Beispiel den Senat
1122 auffordern, ein alternatives Bewertungskonzept zu erarbeiten, da Ziffernnoten kaum
1123 differenzierte Rückmeldung über individuelle Lernerfolge geben und häufig eher ein
1124 Stressfaktor sind und damit die Motivation von Schüler*innen schmälern statt sie zu
1125 fördern. Als weitere Maßnahme wollen wir mehr Wahlfreiheit zwischen den und inner-
1126 halb der Fächer fördern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass in einem Schulversuch
1127 wie er beispielsweise auch in Baden-Württemberg durchgeführt wird, Gleitzeit für Schü-
1128 ler*innen getestet wird. So kann nicht nur die Eigenverantwortung gestärkt, sondern das
1129 Lernen auch dem individuellen Biorhythmus angepasst und damit effektiver werden.

1130

1131 Das künftige Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wird auch für die Berliner Schu-
1132 len gelten. Sie sollten ein Ort sein, wo Kinder und Jugendliche in ihren Fähigkeiten ge-
1133 fördert werden, gleichberechtigt lernen und heranwachsen können. Und das natürlich
1134 ungeachtet des (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, des Namens, der Religion,
1135 der „Hautfarbe“, des Äußeren, der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, des
1136 sozio-ökonomischen Hintergrundes, des Alters oder einer Behinderung. Schule muss Ent-
1137 faltungs-, Lernraum, aber auch „Safe Space“ sein. Schulmaterialien enthalten oft struk-
1138 turellen Rassismus wodurch Kinder unter anderem schon früh das hegemoniale Macht-
1139 verhältnis, nach dem unsere Welt funktioniert, beigebracht bekommen. Wir fordern des-
1140 halb eine kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit und die Thematisierung von
1141 strukturellem Rassismus um Kindern eine Reflexion der heutigen Weltordnung zu er-
1142 möglichen. Eine sensible Sprache im Schulalltag ist dafür genauso unerlässlich wie eine
1143 Darstellung von Vielfalt im Lehrmaterial, die keine diskriminierenden Denkmuster re-
1144 produziert und festigt. Das Schulmaterial muss die Schüler*innen zum kritischen Reflek-

1145 tieren über gesellschaftliche Konstrukte und ihre eigenen Privilegien befähigen. Dar-
1146 über hinaus fordern wir, dass Schulen fehlerfreundlicher werden. Gerade in den unteren
1147 Klassenstufen sollte ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass kein Kind mit Fä-
1148 higkeiten geboren wird und dass (fast) alles erlernt werden kann. Um Diskriminierungen
1149 zu vermeiden, muss anerkannt werden, dass nicht alle Kinder die gleichen Möglichkei-
1150 ten hatten, vor der Schule zu lernen. Die unterschiedlichen Wissensstände müssen
1151 durch spezielle Förderung ausgeglichen und so eine Chancengleichheit hergestellt wer-
1152 den.

1153 Damit sich Schüler*innen of Colour über ihre Rassismuserfahrungen - ohne Angst und
1154 ohne verurteilt zu werden - austauschen sowie bereits im früher Alter die zu ihnen pas-
1155 senden Copingstrategien gegen Rassismen entwickeln können, ist es unumgänglich,
1156 dass es an Schulen geschützte Empowerment-Räume gibt, und Empowermentstrategien
1157 in der Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle spielen.

1158 Auch Gewalt und Mobbing an Schulen treten wir entschieden entgegen. Bestehende
1159 Maßnahmen und Programme müssen auf ihre Wirksamkeit überprüft und unter Beteili-
1160 gung von pädagogischem Personal, Schüler*innen und Eltern weiter entwickelt werden.

1161 Das LADG wird hier einen sinnvollen Beitrag leisten können, um den Diskriminierungs-
1162 schutz an Schulen zu stärken. Uns genügt das aber noch nicht. Weitere Maßnahmen wie
1163 der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten oder die Einrichtung einer
1164 unabhängigen Beschwerdestelle als Ergänzung zur wertvollen Arbeit der Antidiskrimi-
1165 nierungsbeauftragten der Bildungsverwaltung sind notwendig. Wir kämpfen weiter: für
1166 rassismuskritische Schulen

1167

1168 Auch bei der Gewährleistung des Kinderschutzes nehmen die Schulen eine wichtige
1169 Rolle ein. Nicht nur Diskriminierung, auch Gewalt und Mobbing dürfen niemals toleriert
1170 werden. Schulen müssen in die Lage versetzt werden, eine wirkungsvolle Präventions-
1171 arbeit zu leisten und zugleich passgenaue Unterstützungsangebote für die Opfer von
1172 Gewalt, sexualisierter Gewalt und Mobbing sicherzustellen. Die dafür nötigen Ressour-
1173 cen für entsprechende Fortbildungen und Sensibilisierungstrainings, wollen wir den
1174 Schulen zur Verfügung stellen. Es ist ein Schritt voran, dass Rot-Rot-Grün die Einrich-
1175 tung von Krisenteams an Schulen verpflichtend festgelegt hat. Die Initiative „Schule
1176 gegen sexuelle Gewalt“ des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Fragen des sexuel-
1177 len Kindesmissbrauchs begrüßen wir als Ermutigung, unseren Weg fortzusetzen.

1178

1179 **Genau hinschauen, um Schule für unsere Kinder zu gestalten**

1180

1181 Die Kinder und Jugendlichen, die heute auf die Schulen gehen, haben ihr Leben vor sich.
1182 Wir möchten allen jungen Menschen Wege in ein gutes Leben in dieser Gesellschaft
1183 ermöglichen. Jedes Kind hat das Recht auf gute Bildung und es ist unsere Verantwor-
1184 tung dafür zu sorgen, dass Kinder genau das bekommen.